

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
ist das Ganze monatlich 370 Mark.
S. Redaktionen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Postgebühren
entgegen. — Erscheint wochentlich
Sonderdruck - Anschlag Nr. 23.
Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Belegpreis: Die Anzeigenblätter
bestehen für Anzeigen aus 100 und
umgekehrt 200 Mark, auswärts
Anzeigen 200 Mark, Postgebühren
sowie 100 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 275

Montag, den 27. November 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aulz, W. v. R.

Seiten sind einem Ministerium schon vor seiner Geburt so viele Beinamen gegeben worden, als dem Kabinett Cuno. „Ueberparteiliches Kabinett“, Kabinett der Köpfe“, „Gesichtsministerium“, „Uebergangsministerium“, „Berlegenheitsministerium“, so und ähnlich stand es mit weitläufig leuchtenden Buchstaben in der Tagespresse über den Zeitartikeln zu lesen, je nach der politischen Einstellung der betreffenden Zeitung. Will man dem gegenüber ehrlich und objektiv bleiben, und sich mit aller Mäßigkeit die Wesenseigenart und die Lebensmöglichkeiten der neuen Regierung klar machen, so kann man die neue Regierung nur als eine solche der bürgerlichen Arbeiterschaft kennzeichnen. Der enge Rahmen der Parteiorganisation ist zwar bei der Bildung dieses Ministeriums durchbrochen worden, aber die parlamentarischen Säulen, auf denen es ruht, sind die Parteien der Arbeiterschaft. Hierin liegt von vornherein ein bedeutendes Moment der Stabilität. Nicht, als ob es an sich unmöglich wäre, daß eine von der Arbeiterschaft getragene Regierung sich trotz der an ihr beteiligten sachlichen und politischen Potenzen eine starke Stellung erringen könnte. Das ist sehr wohl denkbar, aber es ist bedingt durch möglichst baldige außen- und innenpolitische Erfolge. Bei unserer jämmerlichen Lage würde jedes Kabinett, das eine solche Erfolge bringt, im Handumdrehen eine starke Gesolgenschaft finden. So sehr man es wünschen möchte, so wenig kann man doch dem Kabinett Cuno diese Prognose stellen. Im Gegenteil, es wird sich sehr bald vor außenpolitischen und innenwirtschaftlichen Druck gestellt sehen, und dann wird seine ganze Schwäche sofort zutage treten. Worin besteht diese Schwäche? Einfach darin, daß sich von ihr keine starken Säulen des Vertrauens zur deutschen Arbeiterpartei, zur Sozialdemokratie abzweigen lassen. Der im Unternehmertum bestehende Teil der deutschen Wirtschaft wird das Kabinett Cuno in weitgehender Weise mit seiner Sympathie begleiten, aber das Schicksal des deutschen Volkes hängt in gleicher Weise auch von deutschen Arbeiter ab; Unternehmertum und Arbeiterschaft gilt es, für die Notwendigkeiten unserer wirtschaftlichen Befindlichkeit innerlich zu gewinnen, und das wird bei der nun einmal noch vorhandenen psychologischen Einstellung der deutschen Arbeiterschaft seiner Regierung gelingen, in der sie sich nicht durch unmittelbare Vertrauensleute vertreten weiß. Bei der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur des deutschen Volkes gibt es eben keine andere Synthese der politischen Kräfte als die der großen Koalition. Solange diese Zusammenfassung nicht gelingt, wird der Parlamentarismus in Deutschland in einem Zustand der Dauerkrise bleiben. Auf beiden Seiten muß hier noch erheblich umgewandelt werden. Die Sozialdemokratie muß erkennen, daß die Zukunft aus der aktiven Mitverantwortung eine Verständigung auch am deutschen Arbeiter ist, und die nicht sozialistischen Strömungen müssen lernen, ihre Taktik den psychologischen Erscheinungen anzupassen, die von der Sozialdemokratie berücksichtigt werden müssen, wenn anders nicht ein in ihren und im Gesamtinteresse höchst unerwünschter Umsturz der Mächte nach dem radikalsten Stil geschehen soll.

Das Kabinett Cuno steht nach alledem auf schwachen Füßen. Vermutlich wird die erste starke Belastungsprobe von außen kommen. Wir können die negative Politik nicht fortsetzen, wir dürfen ein Moratorium nur bewilligen, wenn wir Sicherheiten nehmen, und wir werden die Ueberwachung der Reichsfinanzverwaltung nicht ohne gewissen Zwang durchsetzen können. Diese Worte Poincares in der französischen Kammer lassen an Deutschland nichts zu wünschen übrig. In England werden nach dem Ergebnis der Neuwahlen einer solchen französischen Politik nennenswerte Hemmungen nicht eintreten, auch nicht von Seiten der nationalpolitischen Diktatur Mussolinis in Italien. Den Auswirkungen einer solchen Politik mit Erfolg entgegenzutreten, wird die erste außenpolitische Aufgabe der neuen Regierung sein. Wo und in welcher Weise sie einzusetzen hat, wird die Finanzkonferenz in Brüssel erkennen lassen. Da die Entente zunächst in Lausanne mit der Entwertung des türkischen Problems noch dringendere Aufgaben zu erledigen hat, wird diese Konferenz vor Mitte Dezember kaum in die Erscheinung treten. Bis dahin aber werden sich unsere innenwirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin nicht wesentlich verschlechtert haben. Steigen der Preise, Steigen der Abfälle und Beschälter, Steigen der Inflation werden ihren bekannten Verlauf fortsetzen, bis die Unmöglichkeit der Beschaffung von Betriebskapital und das Erreichen der Weltmarktpreise durch die deutsche Produktion den unvermeidlichen verhängnisvollen Rückschlag bringen. Wohin treiben wir? Diese dringende Frage wird auch von der neuen deutschen Regierung nicht von heute zu morgen gelöst werden

können. Die Wege, ins Freie zu gelangen, liegen erkennbar vor der Regierung, es bedarf jetzt keiner Programme und Reden mehr, sondern nur noch der bereitenden, entschlossenen Tat.

Vertrauenskundgebung im Reichstag.

Rücktritt des Ernährungsministers.

Berlin, 24. November.

Am Regierungstisch Reichsaußenminister v. Rosenbergs Finanzminister Dr. Hermes, Verkehrsminister Gröner, Arbeitsminister Dr. Brauns.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Ledebour (b. l. Fr.) bemängelt die Abwesenheit des Kanzlers. Der Redner fordert den Reichspräsidenten auf, nach dem Kanzler fragen zu lassen, da er bestimmte dringende Auskünfte von ihm zu verlangen habe. Er verlangt Auskunft über das Ergebnis der Untersuchung gegen den Ernährungsminister Dr. Müller-Bonn. Er richtet an den Vertreter des Kanzlers die Frage, ob Dr. Müller noch Minister ist oder ob er zurückgetreten sei. Es müsse festgestellt werden, wie es möglich sei, daß dieser Mann auch nur eine Stunde Minister sein konnte. Die Sozialdemokratie habe diesen Unglückssturm befeitigt. Der Redner bespricht dann die Regierungsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein baldiges Ende voraus.

Reichskanzler Cuno

ergreift dann das Wort. Er teilt mit, daß Dr. Müller-Bonn einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet habe. In diesem Brief wird Bezug genommen auf die Vorfälle in der Freitagssitzung des Reichstages in der gegen Dr. Müller der Vorwurf erhoben wurde, daß er in der Frage der Rheinlandpolitik eine vom vaterländischen Standpunkt aus nicht einwandfreie Haltung eingenommen hätte. Das Kabinett habe noch in der vergangenen Nacht diese Frage dahin geklärt, daß wegen der bisherigen Haltung Dr. Müllers keinerlei Zweifel an seiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt seien. Dr. Müller erklärte, daß seine Tätigkeit sich immer auf verfassungsmäßigem Boden bewegt habe. Trotzdem habe er den Reichspräsidenten gebeten, ihn aus seinem Amte als Ernährungsminister zu entlassen, zu dem er sich nicht gedrängt habe.

Der Reichskanzler stellt weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei habe der Abg. Solmann-Köln erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Dr. Müller zu irgend einer Zeit die Verletzung der Rheinlande gewollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers scheiden damit aus. Trotzdem bestreite Dr. Müller auf seinem Rücktritt wohl ihm die zutage getretenen Gegensätze die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutungsvolles Amt unmöglich machen würden. Der Reichskanzler erklärt, daß er zu keinem Bedauern, das Besuch Dr. Müllers unterstützen müsse, weil in dieser Zeit unfruchtbare Arbeit geleistet werden müsse. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde, und appelliert an die verständnisvolle Mitarbeit des Reichstages. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Stresemann (D. V.)

erinnert daran, daß Dr. Müller das Amt des Syndikus der Rheinischen Landwirtschaftsbank bekleidet habe, die wohl gegen einen Verdacht gestellt sei, daß sie irgendwelche antirepublikanische oder antinationale Tendenzen verfolge. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Redner erwähnt die Linke, den politischen Kampf doch nicht zu vergiffen. Man müsse in dem Augenblick, in dem das Rheinland mehr als je bedroht sei, alle Kräfte zusammenfassen, anstatt nationale und internationalistische Rheinlande zu unterscheiden. Zu den von Herrn Dr. Beder-Hessen seinerzeit entworfenen steuerpolitischen Grundrissen habe sich auch der ehemalige Reichskanzler Herr Dr. Wirth und sein Kabinett bekannt, dem ja auch die Sozialdemokratie angehörte. Das Markproblem ist nicht bloß ein arithmetisches Problem, sondern der Gradmesser des Vertrauens des Auslandes in die deutsche Wirtschaft. Eine Produktionssteigerung würde eine Marksteigerung zur Folge haben. In Europa begriffe ich eine Verbundtheit der Weltwirtschaftsinteressen, in der ich den einzigen Weg zum Wiederaufbau Deutschlands erblicke. Frankreich ist in Europa zu gewaltiger Macht gelangt. Eine Bewegung in Frankreich verlangt die Rheinlande, die andere führt den Weg des Währungsverfalls von Osten gen Westen laufen. Die Entwertung greift schon über die deutschen Grenzen hinaus.

Wenn Deutschland von Frankreich immer tiefer ins Elend getrieben wird, dann schwindet jede Aussicht auf Reparationen, dann wird der Frank das Schicksal des Rubels, der Krone und der Mark teilen. Unser Währungsverfall ist begründet durch die ungeduldrigen hohen Reparationsleistungen. Das sollte auch Frankreichs Zweifel an Deutschlands gutem Willen beseitigen. England, das genau so erfolgreich aus dem Kriege hervorgegangen ist, lebt doch mit uns in Frieden. Wir müssen endlich ein Definitivum schaffen, dessen Förderung ich in der Kanzlererklärung vermisst habe. Nach gegenüber Frankreich ist aktive Politik notwendig. Das Memelland muß wieder zu uns gehören. Der Redner billigt das Programm des Kanzlers und fordert Zusammenfassung aller Kräfte in dem einen Gedanken für Volk und Arbeit.

Abg. Leicht (Bahr. Sp.) führt der Entente die deutsche Not vor Augen und begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers zu dem Föderalismus.

Inzwischen ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag eingegangen.

Abg. Graefe (Deutschvölk. Gruppe): Es sollte sich draußen eine Bewegung, die auch auf die spätere Zusammenfassung des Reichstages Einfluß haben wird. (Zuruf: Mussolini!) Abg. Graefe fortsetzend: Der Wiederaufbau wird nur kommen von der Finanzbewegung. Trotz aller Sympathie für manche Parteien des Kabinetts könne die Deutschvölkische Gruppe dem Vertrauensvotum nicht zustimmen, weil dem Kabinett die nationale Bürgerlichkeit fehle.

Abg. Müller-Franken (Soz.) verteidigt die Haltung seiner Fraktion gegenüber den Angriffen aus dem feindlichen Lager. Seine Fraktion habe sich durchaus nicht auf den Boden der Note vom 13. November gestellt. Die Sozialdemokraten müssen sich aufbäumen gegen die Zusammenarbeit mit einer Partei, in deren Reihen ein Politiker sitze, dessen Weisheit letzter Schluß der Reichstagsentscheidungen ist. Der Redner erklärt, daß seine Partei das Kabinett Wirth nicht gestützt habe. Admiral Scheer von der Deutschen Volkspartei habe in der „Klinischen Zeitung“ geschrieben, die Deutsche Volkspartei sei in der Reichsregierung die Schrittmacherin für die Deutschnationalen. Bei dieser Sachlage sei an eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei nicht zu denken. Das Kabinett sei nur ein verschleiertes Kabinett. Es sei allerdings die verfassungsmäßige Regierung.

Hierauf wird auf Antrag Petersen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluss der Besprechung beschlossen.

Perinisch gibt Abg. Solmann (Soz.) noch eine Erklärung zu der Angelegenheit Müller-Bonn ab. Der Redner befreit, daß er von seinen Vorwürfen gegen Dr. Müller irgend etwas zurückgenommen habe, wie man aus den Worten des Reichskanzlers entnehmen könne.

Die Abstimmung.

Zur Abstimmung liegt der Antrag Dr. Petersen vor: „Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die erste Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Ferner liegt vor das kommunistische Mißtrauensvotum. Unter großem Lärm, wobei der Abg. Höllein sich über Vergewaltigung beschwert und wobei er die Sozialdemokraten als Räuberbande bezeichnet, wird beschlossen, zuerst über das kommunistische Mißtrauensvotum abzustimmen. Das Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wird darauf das Vertrauensvotum Dr. Petersen (Dem.) mit gewaltiger Mehrheit gegen die Kommunisten und die Deutschvölkischen angenommen. (Großer Lärm bei der radikalen Linken und Drohrufe des Abg. Höllein.)

63 Tausend Milliarden Mark.

Die Leistungen Deutschlands.

Die D. N. Z. gibt in einer Veröffentlichung über die Leistungen, die auf Grund des Versailleser Vertrages, von Deutschland bisher erfüllt worden sind, die folgenden Zahlen an: Es betragen bis zum 1. Juli 1922:

Interne Befugungskosten	
Auslandsschäden	1038500000
Kolonialschäden	
Verlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündeten	7000000000
Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11700000000
	Goldmark
Dazu Sach- und Darstellungen	19738500000
	Goldmark
Insgesamt	38242970000

Zum letzten amtlichen Dollarmittelkurs in Berlin umgerechnet, stellt diese Schlusssumme den ungeheuren Betrag von 63 751 Milliarden Papiermark dar.